

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 5

Artikel: Das Ende vom ersten Glasnost-Sozialismus
Autor: Picek, Jan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094191>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jan Picek zum kommunistischen Staatsstreich vom Februar 1948 in der ČSR

Das Ende vom ersten Glasnost-Sozialismus

Was man heute unter der Markenbezeichnung von Perestrojka und Glasnost findet, hatte seinen Vorläufer im Prager Frühling von 1968, und dieser wiederum gründete — wer weiss das noch? — auf dem Fundament der

Jahre 1945 bis 1948, als die Tschechoslowakei auf die Vereinbarkeit von Sozialismus und Demokratie setzte und verlor. Sollte das Modell jetzt dort rehabilitiert werden, wo man seine Zerstörung beschlossen hatte?

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war die geopolitische Lage in Europa entschieden. Die ordnungspolitische Grenze verlief zur Hauptsache so wie die letzte Frontlinie. Je nachdem, ob ein Gebiet von den sowjetischen oder von den westalliierten Streitkräften befreit worden war, kam es zu diesem oder jenem System. Man mag diese Tatsache auf das Abkommen von Jalta oder auf dessen Bruch zurückführen; auf jeden Fall wurde sie machtmässig bewerkstelligt. In

Polen setzte Stalin gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit eine prokommunistische Regierung ein, und der gleiche Vorgang wiederholte sich in Rumänien und anderswo.

Eine der Ausnahmen (Österreich war noch sowohl von den sowjetischen als auch von den alliierten Truppen besetzt) indessen war die Tschechoslowakei. Zwar waren auch dort vorübergehend (bis 1946) sowjetische und ameri-

kanische Einheiten stationiert, aber wiedereingeführt und erneuert wurde die demokratische Ordnung der Vorkriegszeit. Die 1918 gegründete ČSR reichte wie ein langer Keil tief nach Osteuropa als ein Vorposten der parlamentarischen Demokratie.

Die Tschechoslowakei hatte sich schon als Hindernis für die Hegemonie des deutschen Nationalsozialismus erwiesen. Hitler musste sie erobern, um Europa in den Griff zu bekommen und seine weiteren Vorstösse vorzubereiten. Die deutsche Minderheit diente ihm als Vorwand, um die junge tschechoslowakische Demokratie zu zerschlagen. Tatsächlich gelang ihm das Vorhaben im Mai 1938 auf friedlichem Weg dank dem Abkommen von München und der Wehrlosigkeit von Prag.

Dazu geführt hatte die westliche Appeasement-Politik, um deren Wiedergutmachung sich die Alliierten im Zweiten Weltkrieg bemühten. Auch die UdSSR hatte ein Interesse an einem freundlich gesinnten slawischen Nachbarn. In der Tschechoslowakei selbst drückte der Widerstand gegen die Naziokkupation (das Attentat auf den Reichsprotektor Heydrich mit dem



Die bewaffneten «Arbeitermilizen» der KP marschierten im Februar 1948 in den Strassen von Prag auf.

Jan Picek, Jahrgang 1921, kämpfte zur Zeit des Zweiten Weltkriegs in der tschechoslowakischen Auslandsarmee auf der Seite der Westalliierten. Zwischen 1945 und 1948 war er in der ČSR schriftstellerisch und journalistisch tätig; danach publizierte er bis 1968 nichts mehr. 1969 emigrierte er in die Schweiz. Mit diesem Beitrag nimmt er seine eigene Bewertung der Ereignisse zwischen 1945 und 1948 vor.

Massaker von Lidice im Gefolge, ferner der slowakische Aufstand) auch den Willen zur Wiederherstellung der Demokratie aus; im gleichen Sinne kämpften tschechoslowakische Einheiten auf der Seite der Alliierten im Westen wie im Osten.

Demokratie und Geographie

Den Willen zur Wiedereinführung eines demokratischen parlamentarischen Mehrparteiensystems beteuerte auch die tschechoslowakische Exilregierung in London unter Edward Benesch, aber sie liess sich ihrerseits zu einer Appeasement-Politik verleiten. Ohne die Zustimmung des Parlaments in der befreiten ČSR abzuwarten, gab Präsident Benesch der kommunistischen Forderung nach, eine sogenannte Nationale Front zu bilden und Oppositionsparteien zu verbieten, so dass die Demokratie einer wichtigen Dimension beraubt war.

Die exiltschechoslowakischen Kommunisten in Moskau stellten sich ihrerseits eine klare Aufgabe. Für sie war der Sieg über das Dritte Reich eine Gelegenheit, unter dem Tarnnamen der Volksdemokratie ein kommunistisch geführtes Regime sowjetischen Typs einzusetzen. Dazu nutzten sie bestehende politische, wirtschaftliche, soziale und nationale Differenzen in der Tschechoslowakei zielbewusst aus.

Erleichtert wurde das durch die Tatsache, dass die Tschechen und Slowaken das Verhalten Frankreichs und Grossbritanniens von 1938 noch in Erinnerung hatten, wogegen ihnen von der UdSSR nichts Nachteliges bekannt oder präsent war. Es gab ein schlagseitiges Misstrauen, das auch die Politik von Benesch prägte. Er baute nach dem Freundschafts- und Beistandspakt mit der UdSSR 1943 auf die Loyalität Stalins und erhoffte sich von ihr eine Garantie für die Unabhängigkeit des Landes. Demgegenüber vergass er den demokratischen Mächten Frankreich und Grossbritannien ihren Verrat von München nicht und wollte we-



Die Parallele der Besatzungsmacht. Sichel und Hammer gleich Hakenkreuz, das Hakenkreuz im Sowjetstern: solche Zeichen malten die Tschechoslowaken an die Strassenwände, als sie 1968 von der Sowjetunion überfallen wurden.

der auf ihre Zusicherungen noch auf ihre Unterstützung angewiesen sein. Die ordnungspolitische Folge war, dass sich die demokratische Tschechoslowakei isoliert dem Anspruch der Diktatur gegenübergestellt sah.

Die tschechoslowakische KP nutzte die Isolierung der ČSR nach dem Krieg aus. Sie erreichte, dass auch die nichtkommunistischen Parteien die UdSSR als einzigen Verbündeten des Landes anerkannten. Dieses Bündnis wurde täglich lautstark in allen Medien proklamiert. Jede positive Erwähnung westlicher Demokratien wurde als antisowjetisch bezeichnet, und so eine Anschuldigung gleich einer Verurteilung mit schweren Folgen.

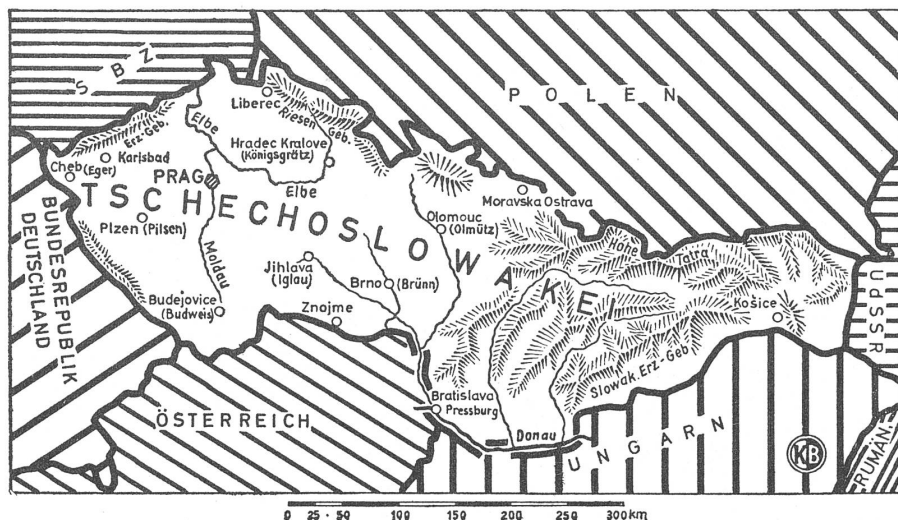
So ging die Geschichte einen andern Weg, als die Demokraten unter Benesch planten. Zentral wichtig nicht nur für die Aussenpolitik, sondern auch für die Innenpolitik wurde das unkritische Bündnis mit der UdSSR. Auch nationale Reibereien zwischen Tschechen und

Slowaken dienten der KP, welche die föderativen Ansprüche der Slowaken unterstützten (die sogenannte Slowakische Republik während des Krieges war ein naziverbündeter Marionettenstaat gewesen).

Der Übergang von der Nazi Herrschaft mit ihrem Terror zu den neuen Verfolgungen sowjetischen Typs war nach der Befreiung durch die Rote Armee nur kurz. Die Angst vor Neonazis, versteckten SS-Leuten und antisowjetischen Ukrainern, die angeblich scharenweise in den Wäldern hausten, wurde künstlich genährt. Parallel zum Vormarsch der Sowjetstreitkräfte durch die Karpaten-Ukraine (damals noch nicht an die UdSSR abgetreten), durch die Slowakei und die tschechischen Länder Böhmen und Mähren etablierte sich die Macht der KP. Sie besetzte alle Schlüsselposten in der Lokalverwaltung, in den Medien, im Schulwesen, vor allem aber in Armee und Polizei. So standen die Behauptungschancen der parlamentarischen Demokratie schlecht, entgegen dem Anschein, der sich günstig ausnahm, weil das Territorium von den ausländischen Truppen freigegeben wurde.

Auf Initiative des amerikanischen Präsidenten Truman zogen sowohl die Amerikaner als auch die Sowjets ihre Streitkräfte aus der Tschechoslowakei ab, und die Hoffnung auf Wiederherstellung der demokratischen Ordnung flammte auf. Eine trügerische Bestätigung lieferte die rasche wirtschaftliche Konsolidierung der Lage.

Materiell stand die befreite ČSR ungleich besser da als ihre verwüsteten Nachbarländer. In Böhmen waren Landwirtschaft und Industrie weitgehend intakt geblieben, und auch die Arbeitskräfte waren vorhanden, weil die Männer nicht an fremden Fronten hatten kämpfen müssen. Auch lief ein amerikanisches Hilfsprogramm für die osteuropäischen Länder (die UNRRRA) an, und den Produktivkräften ging es von Tag zu Tag besser.



Der Staatsstreich

Diese positive Entwicklung kam im Juli 1947 im Zusammenhang mit der Pariser Vorbereitungskonferenz zum Marshallplan zu einem abrupten Ende.

Es ging um ein europäisches Wiederaufbauprogramm mit amerikanischer Unterstützung, und die Tschechoslowakei wollte vom Angebot profitieren. Die Regierung einschliesslich der Kommunisten beschloss am 4. Juli 1947 einstimmig ihre Teilnahme, obwohl die UdSSR und alle von ihr abhängigen Länder abgesagt hatten. Die tschechoslowakische KP hatte für den Moment vergessen, dass auch sie gehorsamspflichtig war, aber daran wurde sie sofort erinnert. Schon am 8. Juli wurde eine tschechoslowakische Delegation mit dem kommunistischen Ministerpräsidenten Klement Gottwald und dem nichtkommunistischen Aussenminister Jan Masaryk von Stalin empfangen, der eine tschechoslowakische Teilnahme am Pariser Treffen als unvereinbar mit dem Freundschaftsvertrag UdSSR-ČSR bezeichnete. Am 10. Juli widerrief die tschechoslowakische Regierung ihre Zusage.

Damit war die Lagerzugehörigkeit der Tschechoslowakei klargestellt, und die Einführung der entsprechenden inneren Ordnung war danach nur noch eine Frage der Zeit.

Die innenpolitische Auseinandersetzung spitzte sich nach dem Juli 1947 rasch zu. Die KP hatte, wie sich Gottwald später rühmen sollte, die totale Machtübernahme seit 1945 geplant. Sie brachte sich ruhig an alle Schalthebel der Macht und stellte in den Betrieben ihre eigenen bewaffneten Einheiten auf. Die andern Parteien, die nicht zusammenarbeiteten, hatten demgegenüber wenig zu bieten. Innenministerium, Verteidigungsministerium, Landwirtschaftsministerium, Erziehungsministerium

und Informationsministerium wurden von KP-Mitgliedern geleitet, desgleichen die Gewerkschaften und die Jugendorganisation.

Was unmittelbar zur Februarkrise führte, war die Übernahme der Kommandantenposten in den Sicherheitseinheiten durch KP-Leute. Die nichtkommunistischen Parteien verlangten am 13. Februar 1948 den Widerruf dieser Beförderungen und eine Erklärung von Innenminister Nosek. Die KP liess es auf die Probe ankommen im Bewusstsein, auf den demokratischen Konsens nicht mehr angewiesen zu sein.

Am 20. Februar demissionierten aus dem 24köpfigen Ministerrat 12 Nichtkommunisten in der Meinung, die Regierung zu stürzen und Wahlen zu erzwingen. (Die letzten freien Wahlen von 1946 waren von der KP deutlich verloren worden.) Indessen versuchten sie ihr verspätetes Aufbäumen, ohne sich mit den gespaltenen Sozialdemokraten oder mit dem Staatspräsidenten Benesch abgesprochen zu haben.

Die KP nutzte das zur totalen Machtübernahme. Sie mobilisierte ihre bewaffneten Anhänger auf der Strasse, und mit Hilfe von sogenannten Aktionskomitees stellte sie praktisch über Nacht im ganzen Land die Kräfteverhältnisse auf den Kopf, die noch aus den Wahlen von 1946 stammten. Sogar in den nichtkommunistischen Parteien wurden mit Hilfe solcher Aktionskomitees KP-Angehörige und KP-Sympathisanten in führende Posten gebracht. Am 25. Februar legten die Kommunisten dem kranken Benesch ihre neue Regierungsliste vor. Von den 25 Kabinettsmitgliedern waren 13 Kommunisten; drei Minister (darunter Jan Masaryk) gehörten keiner Partei an, und bei den übrigen handelte es sich um KP-Sympathisanten oder Abtrünnige der alten Parteien. Benesch trat zurück, und Parteichef Gottwald wurde sein Nachfolger.

Das gewählte Parlament konnte sich zur Regierung nie äussern. Auch hier wurden kommunistisch kommandierte Aktionskomitees gebildet, welche alle Entscheidungsbefugnisse an sich rissen. Die parlamentarische Demokratie war abgesetzt.

Die Liquidierung der Opposition

Die Partei, welche die Macht ergriff, war eine stalinistische Partei, welche von einer sozialistischen Demokratie so wenig hielt wie von einer parlamentarischen Demokratie. Dabei hatte es noch nie so günstige Bedingungen für den Versuch gegeben, sozialistische Wirtschaft mit politischer Demokratie vereinbar zu machen, wie in der Tschechoslowakei von 1945.

Die Tschechen und Slowaken waren in ihrem Ringen um Beibehaltung der demokratischen Rechte keineswegs antisozialistisch. Die Mehrheit befürwortete die schrittweise durchgeführte Nationalisierung von Bergwerken, Banken, grossindustriellen Betrieben und Einrichtungen von Gesundheitswesen und Sozialvorsorge. Auch waren die Tschechoslowaken nicht antisowjetisch eingestellt; insbesondere hielten sie sich die grossen Opfer der sowjetischen Menschen im Krieg vor Augen. Hingegen waren die Tschechoslowaken gegen die kommunistischen Verbrechen des Stalinismus, gegen Tyrannei und Terror, die auch nach sowjetischem Muster (und mit sowjetischen Beratern für die Schauprozesse) ihren Einzug in die Nachkriegstschechoslowakei hielten.

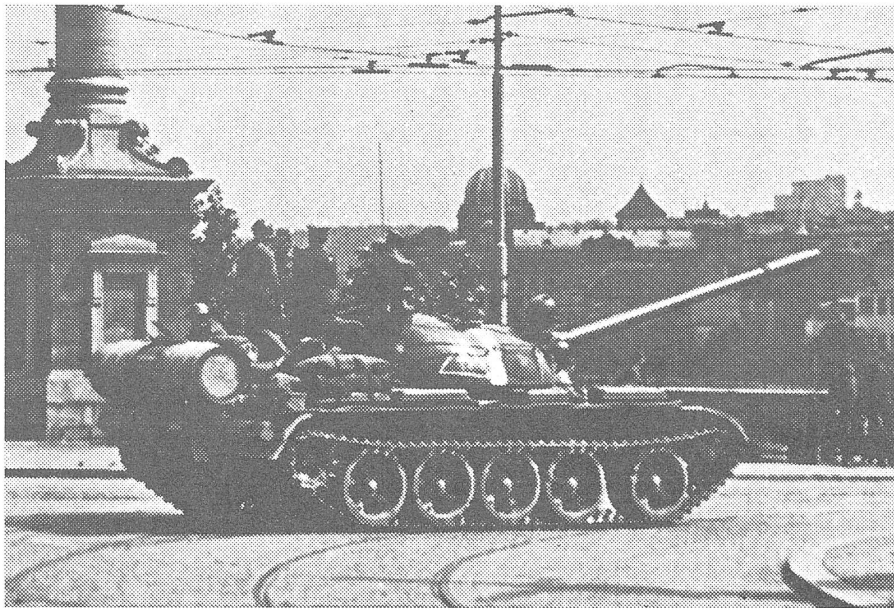
Man hat den Demokraten, wenn sie kommunistische Verbrechen kritisierten, oft vorgeworfen, sie hätten zum Sozialismus ein feindliches Verhältnis. Aber keine Macht der Welt hatte zum Sozialismus ein so feindliches Verhältnis wie der Stalinismus, und keine hat mehr Kommunisten hingerichtet als er. Die grössten Kommunistenverfolgungen aller Zeiten fanden unter dem Befehl von Kommunisten statt.

Die KP profitierte von den demokratischen Rechten so lange, bis sie stark genug war, ihr eigenes Einparteiensystem einzurichten. Das war die Übergangsphase. Aber ebenso wichtig für das Schicksal des Landes war die zweite Phase, in welcher mit der Opposition jeglicher Art abgerechnet wurde, ob nichtkommunistisch oder kommunistisch. Die Bevölkerung mitsamt ihrem ursprünglich zustimmenden Teil wurde mit nackter Gewalt botmässig gemacht.

Laut späteren Angaben des Obersten Gerichtshofes in Prag wurden zwischen 1948 und 1953 rund 83 000 Personen wegen politischer Verbrechen abgeurteilt (die Zahl der Verurteilungen wegen sogenannter Wirtschaftsdelikte ist hier nicht eingeschlossen). Von Oktober 1948 bis Januar 1953 wurden 178 Personen hingerichtet, die einige Jahre später als unschuldig rehabilitiert wurden. Das Regime aber, das die eingestandenen Justizmorde angeordnet hatte, überlebte, was kein demokratisches Regime tun könnte.



25. Februar 1948: Der KP-Chef Klement Gottwald, der sich anschickt, Präsident der Republik zu werden, trifft auf dem Wenzelsplatz ein.



Der nachträgliche Versuch, den Sozialismus zu demokratisieren, geriet 1968 unter die Raupen.

Die Tschechoslowakische Republik hatte nach dem Krieg eine reelle Chance, die erstmalige Symbiose von Demokratie und Sozialismus zu schaffen. Die KP hatte in den freien Wahlen vom Mai 1946 in den tschechischen Stammländern Böhmen und Mähren 40,2 Prozent der Stimmen gemacht, in der Slowakei 30,3 Prozent. Sie hätte das als Ausgangslage begreifen können, auf dem Weg der demokratischen Mehrheitsbildung weiterzukommen, aber leider hatte sie das nicht im geringsten im Sinn.

Durch ihre antidemokratische Arroganz eignete sich die KP in den nächsten beiden Jahren viel Macht an und verscherzte sich viele Sympathien. Bis zum Februar 1948 hatte sich das politische Klima in der ČSR deutlich verändert. Viele Bürger, welche aus ideologischen Gründen kommunistisch gewählt hatten, waren in der Zwischenzeit ernüchert worden. (Erst nach 1948 kam es auch zur Ernüchterung der KP-Wähler aus Opportunismus.)

Die Prognosen zu den Wahlen von 1948 waren für die KP düster, ein Grund mehr, das *Fait accompli* der Macht rasch zu schaffen. Im Mai 1948 fanden Wahlen statt, aber keine freien. Mit Hilfe der Aktionskomitees wurde eine Einheitsliste von Kommunisten und KP-Sympathisanten durchgesetzt. Dem Wähler blieb nur die folgende «Alternative»: Entweder legte er die Einheitsliste ein oder aber einen leeren Zettel, und das konnte er nicht geheim tun. Wer leer einlegte, wurde im Wahllokal registriert, und jedermann wusste, dass man in diesem Fall als Feind behandelt wurde. Ein negativer Vermerk in den Kaderakten konnte zahlreiche Nachteile zur Folge haben: Sperrung von Auslandsreisen, eingeschränkte Berufs- und Studienmöglichkeiten, Entlassung vom Arbeitsplatz. So erhielt die Einheitsliste 89,2 Prozent der Stimmen. Die freien Wahlen von 1946 waren die letzten gewesen.

Überlegungen

Ist eine Symbiose von Demokratie und Sozialismus möglich?

Die Gnadenfrist für den Versuch war in der Tschechoslowakei sehr kurz, aber einige Überlegungen lassen sich machen.

1. Der Wunsch nach Demokratie bleibt auch nach ihrer Unterdrückung während einer langen Zeit lebendig, und die inhaltlichen Grundvorstellungen der Demokratie nehmen dabei keinen grossen Schaden. Das haben die siebenjährige Naziokkupation und die zwanzig Jahre zwischen 1948 und 1968 bewiesen. In dieser Beziehung besteht eine Gemeinsamkeit zwischen dem Jahr 1945 und dem Prager Frühling von 1968.
2. Hingegen hinterlässt die kampflose Kapitulation der Demokratie vor dem Anspruch der Diktatur ihre Spuren. Die Etablierung der Nazi Herrschaft 1938, der kommunistische Staatsstreich von 1948 und die Invasion vom August 1968 haben den Glauben an die Selbstbehauptungskraft der Demokratie untergraben. Man hält die Demokratie für gut, aber für schwach, und gibt sie im vornherein verloren, wenn ein entschlossener Gegner auftaucht.
3. Es ist leichter, einen demokratischen Staat zu sozialisieren als einen sozialistischen Staat zu demokratisieren. Die Demokratie bietet mit ihren politischen Freiheiten die grundsätzlichen Voraussetzungen, damit die Bevölkerung ihre sozialen Rechte und Wünsche anmelden und beanspruchen kann. Der Sozialismus hingegen, hier als kommunistisch-zentralistisches Einheitssystem verstanden, bietet der Demokratisierung von seiner Ordnung her keine entsprechende Ausgangssituation. Wenn aber demokratisierende Massnahmen einmal einen Spielraum geschaffen oder genutzt haben, lässt sich

dieser ausweiten, weil die Wünsche der Bevölkerung, die in diese Richtung zielen, laufend mehr zum Ausdruck kommen. Der Prozess ist dann nur noch durch Gewalt zu stoppen. Die Chancen für eine Demokratisierung sind allerdings in Ländern mit einer demokratischen Tradition grösser als in andern.

4. Eine Symbiose von Demokratie und Sozialismus lässt sich nicht mittels einer raschen gewaltsamen Revolution erzwingen. «Gewalt ist kein Programm», sagte Thomas Masaryk, der Gründer der ČSR. Eine Revolution muss unverzichtbar ihren Weg über Vernunft und Zustimmung nehmen; anders verrät sie sich selbst, wie sie auch die Menschen verrät. Der Staatsstreich von 1948 zerschlug die Hoffnungen auf Demokratie und die Hoffnungen auf Sozialismus.

★

1968 ging es um den Versuch, die Demokratie in den Sozialismus einzuführen. Er wurde von aussen gestoppt, von der gleichen Macht, die ihn heute vielleicht selber unternehmen will. ■

Wie nahm sich die Machtergreifung von 1948 aus der Sicht jener Opfer aus, die nicht einmal vorübergehend an das demokratische Potential des Sowjetsystems glaubten? Wir werden im ZeitBild in einem weiteren Beitrag einem Zeugen das Wort geben, der damals als Student dabei war.

ZEITBILD

erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 912 713 soi ch
Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland
Jahresabonnement Fr. 48.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.—
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland
Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 53.—/DM 64.—/
Luftpost sFr. 58.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 33.—/DM 40.—
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee
Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.—